



Spekulanten Sturmowski, Sarrazin 2008: „Bei mir stimmen alle Zahlen“

BERLIN

„No risk, no fun“

Wie Thilo Sarrazin als Aufsichtsratschef der BVG in vier Minuten einem riskanten Finanzgeschäft zustimmte, ohne es zu verstehen – und damit über 200 Millionen Dollar verzockt wurden

Als Thilo Sarrazin noch Berliner Finanzsenator war, wurde er von Politikern und Ökonomen begeistert gefeiert – als korrekt und verlässlich, als erfolgreicher, exzellenter Finanzpolitiker. Kollegen im Senat fanden seine detailgespickten Analysen zwar oft energiegeland einschläfernd, aber sie waren sich immer sicher: Der Mann weiß, wovon er spricht. Und so sah es Sarrazin natürlich auch: „Bei mir stimmen alle Zahlen.“

Dieser Lorbeer welkt derzeit vor dem High Court in London dahin. Das britische Gericht interessiert sich seit Wochen auch für Sarrazins früheren Job als Aufsichtsratschef der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) – und insbesondere für eine verpatzte Spekulation der landeseigenen Firma an den globalen Finanzmärkten.

Anfang dieser Woche, so die ursprüngliche Planung, sollte Sarrazin vor dem High Court erklären, wie die BVG unter seiner Aufsicht über 200 Millionen Dollar verzockt konnte. Doch der Bestsellerautor will seine Zeugenaussage lieber später abgeben, an diesem Montag möchte er erst einmal in Berlin sein Buch „Der neue Tugendterror“ vorstellen.

Dabei sind Geschäftsunterlagen aus seiner BVG-Zeit womöglich aufschlussrei-

cher als Sarrazins allgemeine Buchweisheit, wonach „viele Vermögen untergehen, weil wirtschaftliche Aktivitäten scheitern“.

Die Dokumente zeigen, dass der damalige Finanzsenator in einer Aufsichtsratssitzung am 25. April 2007 nur vier Minuten brauchte, um einen höchst komplexen Finanzdeal der BVG abzusegnen – obwohl er keine Ahnung hatte, wie das Geschäft funktionierte und welche Risiken für die BVG damit verbunden waren. Nachzulesen ist der Vorgang in der Abschrift eines Tonbandmitschnitts, die sich in den Akten des Londoner Gerichts befindet.

Acht Tagesordnungspunkte hatte Sarrazin an jenem Apriltag bereits abgehakt, als er sich an das geplante Finanzgeschäft herantastete. „Ja ... oh ... Was haben wir denn hier? Ja. Oh, das war diese Rätselvorlage“, so wird er im Transskript zitiert. Gemeint war ein Papier der BVG-Manager, das den Ankauf eines Finanzprodukts der US-Investmentbank J.P. Morgan empfahl.

Allerdings konnte Sarrazin die Rätselvorlage und die Erläuterungen des Managements nicht in Gänze entschlüsseln. „Ich wäre ein Angeber, wenn ich behaupten

würde, ich hätte sie vollständig verstanden“, räumte er auf dem Tonband freimütig ein. Dann wandte er sich an den damaligen Vorstandsvorsitzenden der BVG, Andreas Sturmowski, mit einem Wunsch: „Ich bitte Sie einfach um die Bestätigung ..., dass mit dem Geschäft nach Ihren Erkenntnissen und nach der Versicherung Ihrer Bank keinerlei Risiken verbunden sind“, sagte Sarrazin, „denn darum geht es ja, ne?“

Es war der letzte klare Satz, der zu diesem Tagesordnungspunkt ausgesprochen wurde. Denn auch Sturmowski schien von dem Deal, den er selbst vorschlug, kaum Ahnung zu haben: „Es geht hier darum, dass eine Umschuldung vorgenommen wird, ähm, in diesem Kreis, dass es darum geht, dass, äh, die US-Bilanzierung, ähm, wie das in Deutschland übrigens auch nicht anders ist, gebundene Mittel, äh, berücksichtigt, von der Credit Suisse runterkommen möchte, ähm, und aus diesem Grund diese Umschichtung erfolgt.“ Natürlich, versichert der BVG-Boss, werde „das Ganze auf hohem Sicherheitsniveau stattfinden“. Und so bitte er vor diesem Hintergrund „um die Genehmigung dieser Transaktion“.

Damit sollte seine BVG, die eigentlich für den reibungslosen Betrieb von Bussen und U-Bahnen zuständig ist, zum Player auf den internationalen Finanzmärkten werden. Investmentbanken wie J.P. Morgan hatten damals globale Kreditrisiken in Pakete gepackt, im angelsächsischen Bankerjargon als Collateralized Debt Obligations (CDO) bezeichnet, und diese finanzstarken Kunden angeboten. Sarrazins Landesgesellschaft stürzte sich in riskante Kreditmärkte und spekulierte

darauf, dass etwa amerikanische Hausbesitzer ihre Kredite bedienen konnten.

Solange die Märkte funktionierten, war das ein Geschäft, an dem alle verdienten: die Bank, die die hochkomplexen Papiere strukturierte, und der Käufer, der sich das scheinbar nur theoretische Ausfallrisiko honorieren ließ.

Rechnungshöfe und Finanzjuristen hatten Kommunen zwar seit langem gewarnt, sich auf solche Geschäfte einzulassen. Kreditderivate wie CDO seien wegen ihrer kaum überschaubaren Risiken für kommunale Unternehmen denkbar ungeeignet. Das freilich hinderte die Banken nicht daran, den Staatsfirmen genau solche Produkte anzubieten. Dass insbesondere die BVG eine leichte Beute war, wussten die angelsächsischen Finanzmanager aus Erfahrung: Das Berliner Unternehmen hatte zuvor schon mit Investmentbanken „Cross-Border Leasing“-Geschäfte gemacht, indem es seine Straßen- und U-Bahnen in die USA verkauft und wieder zurückgemietet hatte.

Könnte man etwas Ähnliches auch mit CDO-Produkten probieren? Im Mai 2006 kam es darüber zu einem ersten Gespräch zwischen J.P. Morgan und dem zuständigen Finanzmanager der BVG, der anfangs offenbar noch Bedenken hatte. „Er ist sehr risikoscheu“, mailte der J.-P.-Morgan-Verkäufer danach seinem Chef in London. Allerdings sei man „auf ganz gutem Weg, wir sollten darüber reden, wie wir das Geschäft am besten anpreisen“.

Das stärkste Verkaufsargument, so stellte sich bald heraus, war die Prämie, welche die Berliner für die Übernahme des Kreditrisikos kassieren sollten. Diese Prämie hänge von der Zusammensetzung des CDO-Portfolios ab, erfuhr der BVG-Manager laut Gerichtsunterlagen von seinem Geschäftspartner: Je höher die Bonität, desto geringer die Vorauszahlung.

„Die Menschen uns gegenüber hatten schwarze Anzüge an, was auf Seriosität schließen ließ.“

Steigt das Risiko, steigt auch der Gewinn für die BVG. „No risk, no fun“: Mit diesen Worten soll nach Aussage des Bankers der BVG-Manager die Struktur des Geschäfts kommentiert haben. Abschätzen konnte er das Risiko aber offenbar nicht, das wusste auch die Bank. „Ich bin sicher, die können keine CDO durchrechnen“, erklärte der J.-P.-Morgan-Verkäufer seinem Chef. Schließlich wurden der BVG 7,8 Millionen Dollar gezahlt.

So umständlich sollte der Vorgang auf der Aufsichtsratssitzung mit Thilo Sarrazin allerdings nicht erläutert werden.

BVG-Chef Sturmowski schilderte die Verhandlungen mit den Investmentbankern mit einfacheren Worten: „Die Menschen, die uns gegenüber saßen, hatten schwarze Anzüge an und dunkle Brillen, äh, was aber durchaus auf Seriosität schließen ließ.“

Fassungslosigkeit ob dieses satirereifen Auftritts vermerkt das Protokoll nicht, Nachfragen des Chefkontrolleurs Sarrazin auch nicht. Lediglich ein Aufsichtsratsmitglied mahnte eine fehlende Stellungnahme der BVG-Anwälte zu den Konsequenzen des Deals an. Vorstandschef Sturmowski reagierte barsch: „Wenn Sie jetzt nein sagen würden aus prinzipiellen Gründen, dann könnten wir es uns jetzt sparen, insgesamt sparen.“

Dazu kam es nicht. Sarrazin rief zur sofortigen Abstimmung. Es gab keine Gegenstimmen, nur die Arbeitnehmervertreter enthielten sich. „So, also, okay, dann haben wir das so beschlossen“, hielt der Vorsitzende fest. Wenig später war das Geschäft perfekt.

Es sollten die wohl teuersten vier Minuten in der Geschichte der Berliner Verkehrsbetriebe werden. Denn mit dem Kollaps des US-Hypothekenmarkts, der die globale Finanzkrise auslöste, wurden 15 Monate später aus dem theoretischen Risiko reale Verluste, die letztlich der CDO-Käufer zu tragen hatte. Die BVG hatte ihre Wette verloren. Aus 7,8 Millionen Dollar Gewinn wurden 204 Millionen Dollar Verlust, mit denen die BVG für faule Kredite einstehen soll.

Auf die Zahlung dieser Summe klagt nun J.P. Morgan in London vor Gericht. Immerhin bezweifeln selbst die Anwälte der Bank in ihrem 161-seitigen Schriftsatz, dass Sarrazin irgendetwas von dem CDO-Deal begriffen habe: Die Darstellung des Geschäfts durch Vorstandschef Sturmowski „kann man nur als konfus beschreiben“. Beide, der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstandschef, „lassen erkennen, dass sie die Transaktion nicht verstanden haben“. Dennoch habe die BVG „ihre Durchführung beschlossen“ – und müsse deshalb zahlen.

BVG und J.P. Morgan wollen unter Verweis auf das laufende Gerichtsverfahren keine Stellung nehmen. Ex-Aufsichtsratschef Sarrazin erklärt, er werde „zu gegebener Zeit als Zeuge vor dem High Court aussagen“. Und dieser Aussage möchte „ich jetzt nicht vorgreifen“.

In seinem neuen Buch macht er sich unterdessen über „all die hektischen Diskussionen seit der Weltfinanzkrise“ lustig und erklärt: „Wer durch unternehmerische Tätigkeit ... zu Reichtum kommt, mag Glück gehabt haben. Häufiger aber waren seine eigenen Leistungen im Spiel.“

Bei der BVG haben ihm offenkundig weder Glück noch Leistung geholfen.

ANDREAS WASSERMANN

Der digitale SPIEGEL

5 Ausgaben für € 9,90 +
aktuelle Ausgabe
GRATIS LESEN!
spiegel.de/
digitaltesten



In dieser Ausgabe:

Die Jäger der Justiz

Video über die Rolle der Staatsanwälte in Deutschland

Die Lauscher Ihrer Majestät

Animation über den britischen Geheimdienst GCHQ

Zwei Jahre Verspätung

Video-Testfahrt mit dem neuen ICE

Die neue Art zu lesen.

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten.
- Mit exklusiv produzierten Videos.
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen.
- Alles immer schon **ab Sonntag, 8 Uhr!**



Einfach scannen (z. B. mit der kostenlosen App **DER SPIEGEL**) und mehr erfahren – über den digitalen SPIEGEL und über unser Testangebot.

DER SPIEGEL